

Übersicht der Parteiprogramme 1861 bis 1876.

30. Mai 2019

Inhaltsverzeichnis

1	Gründungsprogramm der Deutschen Fortschrittspartei 1861	2
2	Gründungsprogramm der Nationalliberalen Partei 1867	2
3	Programm der Freikonservativen Partei 1867	2
4	Programm des Zentrums 1870	3
4.1	Programmentwurf für die Zentrumsfraktion 1871	3
5	Gründungsprogramm der Deutschkonservativen Partei 1876	3
6	Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1867	4
7	Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869	4

1 Gründungsprogramm der Deutschen Fortschrittspartei 1861

”Wir sind einig in der Treue für den König und in der festen Überzeugung, daß die Verfassung das unlösbare Band ist, welches Fürst und Volk zusammenhält”, d.h. Befürwortung der konstitutionellen Monarchie.

Tritt für die ”feste Einigung Deutschlands” ein mit einer starken Zentralgewalt ”in den Händen Preußens” und fordert eine ”feste liberale Regierung” die die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger schützt.

Verlangt unabhängige Richter und Beseitigung des Anklagemonopols einer abhängigen Staatsgewalt, die ”Wiederherstellung der Kompetenz der Geschworenen für politische und Preßvergehen”, den Ausbau der kommunalen Rechte, der Rechte von Kreisen und Provinzen und die Aufhebung der ständischen Prinzipien.

Ist für die Gleichberechtigung aller Religionsgenossenschaften und für die Trennung von Staat und Kirche sowie für eine obligatorische Zivilehe.

Fordert den Erhalt der Landwehr und eine zweijährige Dienstzeit in der Armee.

Tritt für eine Reform des Herrenhauses ein.

2 Gründungsprogramm der Nationalliberalen Partei 1867

Tritt für die Bildung eines geeinten Deutschlands ”zu Macht und Freiheit ein” und strebt nach einer konstitutionellen Monarchie, die durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes [Vorläufer der Verfassung des Deutschen Reiches] noch nicht gegeben sei.

Verlangt Ende der Beschränkungen der Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit und die Aufhebung der Reglementierung von Schulen.

Fordert einen Reichstag der alle staatlichen Belange zu verantworten hat und die Einschränkung des Verantwortungsbereiches der Landesparlamente.

Verlangt ”wirksame Verantwortlichkeit von Ministern und Beamten”, die für ihre Handlungen ggf. juristisch belangt werden sollten.

Tritt für eine Reform des Herrenhauses ein.

Ist für die Trennung von Staat und Kirche und eine obligatorische Zivilehe.

Verlangt unabhängige Richter, die Ausweitung des Rechtsweges und die Ausweitung von Geschworenengerichten auf alle Bereiche.

3 Programm der Freikonservativen Partei 1867

”Weder billigen wir die Unterwerfung charakterfester Männer unter den Dogmatismus einer politischen Schule, noch die Unterordnung des vaterländischen Interesses unter die Sonderinteressen der Parteiung. Nicht über umfassende Theorien verständigen wir uns, sondern über praktische Fragen der Gegenwart. Wir

setzen das Vaterland stets über die Partei, wir stellen das Nationalinteresse über alles."

Tritt für die konstitutionelle Monarchie, die Trennung von Kirche und Staat ein und spricht sich gegen die Gewaltenteilung aus.

"Kein Wahlrecht leistet Bürgschaft für das Dasein wahrer Freiheit. Ihr Wesen und ihren Segen vermögen wir nicht darin zu erblicken, daß möglichst viele berufen sind mitzuregieren, sondern einfach darin, daß gegenüber einer starken Regierung überall ein Bereich selbständigen Wollens und Handelns, gestützt auf Recht und Gesetz, sich geltend machen darf."

4 Programm des Zentrums 1870

Fordert die "Unversehrte Aufrechterhaltung der durch die preußische Verfassungsurkunde gewährleisteten Selbständigkeit der Kirche".

Tritt für die Abwehr aller gegen "den konfessionellen Charakter der Volksunterrichtes" gerichteten Bestrebungen ein und für die Sicherung "des heiligen Rechts der christlichen Familie", wie für die christliche Ehe.

Verlangt die Bewahrung des Förderativen Charakters, wie sie in der Verfassung des Norddeutschen Bundes gegeben sei und die Dezentralisierung der Verwaltung.

Reduzierung der Verteidigungsausgaben.

4.1 Programmentwurf für die Zentrumsfraktion 1871

Forderung nach einem festen Bündnis mit Österreich, "dem deutschen Ost-Reich".

Die christliche Religion ist der Religionsfreiheit zugrunde zu legen.

Verlangt werden staatlich beaufsichtigte Schulen, die sich nicht an "Staatswillkür" sondern an den "realen, religiösen, geistigen und sittlichen Verhältnisse" orientieren.

Tritt für eine allumfassende Reform der Verfassung ein, die zur Stärkung korporativer Organisationen führen solle. Ausgenommen sind die Freimaurer, die es zu verbieten gelte.

5 Gründungsprogramm der Deutschkonservativen Partei 1876

"Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen." Die Selbständigkeit der einzelnen "Staaten, Provinzen und Stämme" soll gewahrt werden.

Tritt ein für die Monarchie, eine starke "obrigkeitliche Gewalt" und für eine nicht aus Wahlen hervorgehende, sondern durch "natürliche Gruppen und organische Gliederungen des Volkes" organisierte Verwaltung von Provinzen, Kreisen und Gemeinden.

Fordert konfessionelle, christliche Volksschulen und verurteilt den vom "Liberalismus zum Kampf gegen das Christentum ausgebeuteten" Kulturkampf.

Die Stellung von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft soll gegen das Geldkapital und Monopole gestärkt werden.

Der "sozialistischen Irrlehre" soll entgegengetreten werden.

Die Erwerbsarbeit soll gegen "Spekulation und Aktienunwesen" geschützt werden.

6 Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1867

"Gänzliche Beseitigung jeder Förderung, jedes Staatenbundes unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staatseinheit..."

Fordert eine allgemeine Volksbewaffnung.

"Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiter-Assoziationen mit Staatshilfe nach den Prinzipien Lasalles."

7 Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869

Fordert die "Abschaffung der Klassenherrschaft", der "jetzigen Produktionsweise (Lohnsystems) durch genossenschaftliche Arbeit".

Sieht sich "soweit es die Vereinsgesetze erlauben" als "Zwei der Internationalen Arbeiterassoziation".

Allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle Männer ab dem 20. Lebensjahr für die Parlamente auf der Ebene von Staat, den Einzelstaaten, Provinzen und Gemeinden.

Direkte Gesetzgebung durch ein "Vorschlags- und Verwerfungsrecht des Volkes".

Errichtung eines Volksheeres.

Aufhebung von Vorrechten aufgrund Stand, Besitz und Religion.

Trennung von Kirche und Staat, von Religion und Kirche.

Öffentliche Gerichtsverfahren von Geschworenengerichte.

"Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze..." Einschränkung der Frauenarbeit und Beseitigung der Kinderarbeit.

"Abschaffung aller indirekten Steuern..."

Förderung des Genossenschaftswesens durch Staatskredit.

Quelle: Treue, Wilhelm (Hg.), Deutsche Parteiprogramme seit 1861, Göttingen, Berlin, Frankfurt/M. 1954, S. 62 bis 75